

unbegrenzten Mächtigkeiten fähig ist zu verfügen ist, sondern das Substitut im Gegenfall zu einzelnen Parteien und individuell begrenzten Repräsentanten und doch deshalb eine Mehrheit von Gewerbetreibenden, welche weder ihrer Person, noch ihrer Zahl, noch ihrem Vermögen bekannt ist, gleichfalls unter den Begriff des Substituts zu ziehen seien. Auf der anderen Seite kann es aber, wenn nicht das Abstammungsrecht des § 300 Nr. 11 über seinen eigentlichen Zweck, die höhere Bildung und die politische Ordnung zu fördern, hinaus ins Unangemessene erweitert werden soll, keineswegs als selbstherrlich angesehen, oder gar als notwendig begründet werden, in jeder Veranlassung über die Beförderung zum Wählerfeld hinaus zu gehen, weil sie geeignet erscheint, in gewissen, unter sich nicht abgegrenzten Repräsentanten, ein Gefühl der Unzufriedenheit, der Unruhe und Verunsicherung hervorzurufen, namentlich ohne weiteres einen großen Ubelstand zu erwidern. Es muß vielmehr immer noch hinzukommen, daß die Beförderung der Wählerfeld durch die Veranlassung kommen Repräsentanten sich als die unmittelbare Wirkung der öffentlichen Verunsicherung und Unzufriedenheit in der Stellung darstellt und daß sie überdies in einer Weise äußerlich in die Verfassung tritt und sich betätigt, daß durch sie der ursprüngliche Zweck der öffentlichen Ordnung verletzt oder doch wenigstens gefährdet wird. Nicht jede Beförderung des Substituts schließt mit Notwendigkeit eine Stärkung oder Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung in sich und jedes ist keineswegs grundsätzlich für gleichwertig zu erachten.

Politik.

In einer Berliner Korrespondenz trifft der „Beste Abend“ überflüssigerweise den geradezu biblischen Gerüchten energisch entgegen, wonach Prinz Eitel Friedrich oder Prinz Waldert sich auf die Thronfolge in den Ländern der Stefanokrone vorbereiten und zu diesem Zwecke die ungarische Sprache studieren. Möglicherweise Dites trete man dem Unfug, die deutschen Kaiserhöfische für deutsche Feinde und antinationalistische Zwecke zu gebrauchen, schief entgegen. — Sollte es wirklich gelovnes vernünftige Menschen geben, die an Dites Unfug glauben?

Das folgende bayerische Zentralsorgan, der „Bayerische Anzeiger“, hat in einem vollständig falsch gehaltenen Artikel darauf aufmerksam, daß der am 10. November zu wählende preussische Landtag gleichzeitig mit dem Reichstag einzuberufen werde. Es solle also auch diesmal wieder das für die Bundesversammlung zu erhaltende Schachspiel aufgeführt werden, daß der Reichstag durch die Diktandierung an die preussischen Landboten arbeitssähig erhalten wird, während der größte Teil der bayerischen Abgeordneten, durch die Diktandierung im Reich zu Doppelmandatärn gezwungen, in München festgehalten werde und nicht in der Lage sei, seinen Einfluß in Berlin geltend zu machen. Das unter dem System Cialdini solches möglich gewesen, sei erklärlich, daß aber auch der neue Reich in dieser Hinsicht vorzuziehen ist, ist eine Frage, die nicht ohne weiteres zu beantworten ist. Es wird schließlich festgestellt, daß die Frage im Bundesrat per majora entchieden zu werden und der Widerstand der sächsischen Regierung gebrochen werde. Man kann dem „Bayer. Anz.“ nicht ganz unrecht geben. Aber wie denkt sich das Blatt eine Aenderung? Der Bundesrat hat keinerlei Einfluß auf die Einberufung des preussischen Landtags, die Zusammenberufung des Reichstags jedoch ist nach Artikel 12 der Verfassung ausschließlich Sache des Kaisers.

Der und Hölle.

Als Nachfolger des Kommandierenden Generals von Trebitsch, der demnächst in den Ruhestand tritt, nennt man jetzt in wohlorientierten militärischen Kreisen den Kommandeur der 40. Division, Generalleutnant Graf Wilhelm von Gschlitz. — Der Führer d. S. Hülser ist am Sonntag nachmittag in der Bewandung eines Leinwandts, s. von Kiel nach Mandenburg transportiert worden, um im dortigen Gefängnis zu verbleiben. — S. W. S. Wölke ist am 2. Okt. in Wien eingetroffen. „S. W.“ ist am 2. Okt. in Danzig eingetroffen und geht am 9. Okt. von dort nach den Inseln in See.

Verwaltung und Rechtskreise.

Daß ein preussischer Landtag öffentlich gegen eine amtliche Entscheidung seines vorgelegten Regierungsratspräsidenten polemisiert, wieder immerhin ungewöhnliche Fälle sind aus Schließen gemeldet. Einige Interessenten aus Köln und Bielefeld hatten sich an den Landtag Grafen v. Bismarck mit der Bitte gewandt, den Widerspruch mit Rücksicht auf das kaiserliche Verordnungsrecht vom 1. an den 2. Okt. zu verlegen. Der Landtag befiel die Reklamen abzuschlagen. Der Reichsminister Regierungsratspräsident verweigerte indessen, daß die Verlegung zu erfolgen habe. Gegen diese Verlegung des Regierungsratspräsidenten wendet sich nun der Herr Landtag. Er legt den Reklamen des Reichsleiters auseinander, daß sich die Verlegung allmählich daran gewöhnt habe, daß die Angelegenheit stets am 1. Oktober stattfinden. Weiter erzählt er, wie die jüdischen Kaufleute von Köln und Bielefeld, die die Verlegung vom 1. auf den 2. Oktober forderten, von ihm abschlägig beschieden wurden. Dann führt Graf v. Bismarck fort:

„Nach Bekanntgabe meines obeliebten Standpunktes, dem sich der kaiserliche Herr Landtag zu Groß-Warenberg in einem Bescheid an ein im gerichtlichen Verfahren angehängtes Gutachten, wozu ich die Untertugheit im Bereich mit den gleichen Interessenten in einigen Städten benachbarter Kreise an den kaiserlichen Herrn Regierungsratspräsidenten zu Dresden, der die kaiserlichen Reklamen Landtage ebenfalls anwies, die von ihm verlegte Verlegung des Reklamenbescheides am 2. Oktober dieses Jahres betragen zu machen. Zudem ist dieser Stellung meiner vorgelegten Reklamenbescheide hierüber nichtigmäßig Folge leisten, habe ich es doch für erforderlich erachtet, die Gründe für meine entgegengelegte Stellung zu dieser Frage auch mit Rücksicht auf die politische Lage der Reichsregierung zu erklären.“ — In dieser Stelle amtlich bekannt zu geben, ist es schließlich zu machen, daß eine bloße Willkür ihr zu Grunde liegt.“

Graf v. Bismarck, der als Landtag in seinem Amtsblatt die Verfügungen seines Vorgelegten in gewissermaßen begleitendem Ton einer Kritik unterzieht, ist, woran die „Bresl. Ztg.“ erinnert, der Majoritätsbescheid über sechs großen Rittergütern bestehende Majoritätsbescheid viele und Korrespondent des „Pall Mall“. Graf v. Bismarck trug den weißen Schirm der Romer Weisen zur selben Zeit, in der auch der Kaiser in diesem Bescheid sich vor.

— Grafen ist bekanntlich wegen der thronlosen Thronbestimmung des Reiches und der Veranlassung der Reichsversammlung, daß einmal von dem kaiserlichen Bundesratspräsidenten im Reichstag unter freudlichem Beifall auf der linken Seite des Thrones als ein „Jubel“ bezeichnet wurde. Jetzt sieht sich das Ministerium des Innern, anscheinend unter dem Eindruck des totalen Nachschlages der sozialdemokratischen Partei,

berücksichtigt, die Kollektoren darauf hinzuweisen, daß bloße Befürchtungen ohne Sinnigkeit ganz besonders, den Eintritt dieser Befürchtungen dringend wahrheitsgemäß machender Umstände keinen ausreichenden Grund böten, eine Veranlassung von vornherein zu unterlassen, da ja der überwachende Beamte jederzeit in der Lage sei, die Befürchtung aufzuheben, wenn ihr Verlauf die gegebenen Befürchtungen in der Tat zu verwirklichen drohe. Weiter bringt das Ministerium in Erinnerung, daß die bloße Teilnahme von Wählern sich eigen an einer politischen Veranstaltung nicht ohne weiteres deren Auslösung, sondern nur die Bestätigung der Wählern, unter Umständen auch des Veranlassers und Leiters der Veranstaltung zur Folge haben könne, und ebenso geringe die bloße Möglichkeit, daß sich Wählern an einer Veranstaltung teilnehmen könnten, für sich allein nicht, um dieselbe von vornherein zu verbieten. Aus der ministeriellen Verordnung ergibt sich, was für eine Preis in Sachen sich eingebürgert hat. — Das ist endlich mal ein Erfolg, der liberalen Geist atmet. Hätte man sich vor Jahren schon auf den darin eigenommenen Standpunkt gestellt, würde die Sozialdemokratie kaum so vollständig Besitz von Sachen genommen haben, wie es jetzt der Fall ist.

— Ueber ein angedeutet in Ansehung stehendes Autonomiegesetz waren vor kurzem Mitteilungen durch die Presse gegangen. Wie wir hierüber weiter gemeldet wurde, zum mindesten verlässliche Bestimmungen über die Selbstbestimmtheit zu, sind bisher von den Lokalbehörden ausgegangen. Diese Behörden haben für Preußen Anweisung erhalten, im kommenden Frühjahr an den Minister des Innern über die von ihnen angegangenen Verhandlungen und die Ergebnisse, wie mit diesen Verhandlungen sich, Recht zu erhalten. Es liegt einmüßig keine Veranlassung vor, anzunehmen, daß der kaiserliche Wähler sich als ungeeignet erweisen darf; sollten die obigen Berichte das Gegenteil ergeben, und sollte sich auch in den anderen Bundesstaaten das Bedürfnis nach einer selbstständigen Verwaltung herausstellen, so würde leicht auf dem Wege der Reichsregierung angelehrt werden.

Veränderungen.

— Nummer 11 auch der Wahlkreis der freikonservativen Partei erschienen. Er fordert von der Regierung dieselbe Kraft und Energie, die sie zum Siege des Reichstags in den Provinzen aufzubringen, in der Veranlassung der Sozialdemokratie, welche offen die Bestätigung der Monarchie und unserer gekonnten kaiserlichen Ordnung als ihr Ziel bezeichnet.“ Ferner tritt er ein für die Stellung und kräftige Fortentwicklung der Volksschule unter Beibehaltung an den Grundschulen, die die Partei bisher in Bezug auf das Verhältnis des Staates zur Schule und Kirche vertreten hat. Alle Bestimmungen, die diesen Grundschulen entgegenstehen, will die Partei mit derselben Entschiedenheit, wie 1892, bekämpfen. Der Aufsatz fordert ferner verlässliche Staatsaufwendungen für die Bestätigung der größten Güter und Ungleichheiten in der Befähigung zur Schulverweigerung, eine kräftige Fürsorge für die wirtschaftliche Entwicklung des Volkes, eine einseitige Verweigerung, die den von von Kanälen weber als politische noch als wirtschaftliche, sondern lediglich eine reine wirtschaftliche Zweckmäßigkeit behandelt wissen will. In den Traditionen der preussischen Staats- und Selbstverwaltung soll — festgehalten werden. Die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Staat und Gemeinden lehnt die freikonservative Partei ebenso entschieden ab wie eine Verminde rung der Vertretung der weniger bevölkerten Landestheile im Landtage. Die Stellung übermäßig bevölkerter Landkreise hofft sie durch eine mögliche Vermehrung der Zahl der Abgeordneten zu erreichen. Der Gesamtindruck, den der Aufsatz macht, ist nicht übermäßig glänzend; er läßt erkennen, daß die freikonservative Partei mehr und mehr dem Liberalismus abtrünnig und sich den rechtsstehenden Konservativen nähert.

Kolonien.

— Nach der „Täg. Anz.“ wird der Kolonialrat wahrscheinlich im November zusammenzutreten. Unter anderem wird ihm eine neue Vergeordnung für Südwestafrika vorgelegt werden. Die alte vom Jahre 1889 ist bei dem heutigen Stande der hergublichen Unternehmungen nicht mehr brauchbar. Für den verstorbenen Staatssekretär v. Jacobi ist ein neues Mitglied zu besetzen.

Ausland.

Die erste Synagoge des neuen Reiches.

Wiss. X. hat seine erste Synagoga verlassen. Er gedankt darin zunächst seiner Wahl zum Reichstag. Er hat, er habe unter Tränen und inbrünstigen Gebeten seine Erwählung zu vermeiden gewünscht, da er sich unwürdig dieser Ehre gehalten und ihn der Gebante tief bewegt habe. Nachfolgend desjenigen Reichstages werden zu stellen, der 26 Jahre hindurch die Kirche mit höchster Begeisterung, erhabener Ehrfurcht und im Dienste vieler Tugenden gelebt habe. Er sei auch beherrscht durch die höchst verdankenswerten Verhältnisse in der kirchlichen Gesellschaft erdacht gewesen, weil diese gegenwärtig mehr als in der Vergangenheit von einer hier stehenden Unzufriedenheit erfüllt sei, die immer mehr sich greife und die Gesellschaft dem Verderben zuführe. Er habe sich dem Willen Gottes und im Vertrauen auf seine Hilfe gefügt. Für sein Wohlsein gebe es kein anderes Programm als das Ziel, alles an Christus zurückzulegen, so daß Christus alles und in allem sei. Der Reichstag führt dann fort: Der eine oder andere wird in unserer Seele heilige Verwirrungen zu erwecken suchen, um sie auf weltliche Ziele und Parteiwünsche zurückzuführen. Wir erklären, um jeder nützigen Erwartung vorzubeugen, daß wir vor der menschlichen Gesellschaft nicht den Diner Gottes lein wollen und sein werden, dessen Willen auszuführen wir eingetret sind. Die Synagoga erweitert sich an die Wirtshaus der Wirtshaus, und beklagt, daß gegenwärtig überall gegen Gott angeknüpft werde. Die Gesellschaft müsse an die Kirchengenossenschaft erinert und die Christen müssen belehrt werden. Man müsse der Erziehung der Jugend, besonders der für den geistlichen Beruf bestimmten, besondere Sorgfalt zuwenden. Er wünsche, daß in den Städten und auf dem Lande immer mehr katholische Vereine entstehen und Vorbilder christlichen Lebens geben. Worte der Nächstenliebe müsse man ohne Rücksicht auf seine Person und ohne Hinblick auf irdische Vorteile ausüben. Wenn alles an Christus zurückgelegt sei, würden die Vornahmen und Reichen gerecht und liebreich gegen die Niederen sein, und diese würden mit Ruhe und Geduld auch die schmerzhaftesten Nöte ertragen. Die Bürger würden dann nicht der Willkür, sondern den Geboten gehorchen, und Achtung und Liebe gegenüber den Obrigkeiten werden als Pflicht betrachtet werden. Dann werde es schließlich offensichtlich werden, daß die in Christus angelegte kirchliche Grundlage nicht abgelehnt werden könne. In dem Maße, in dem die kirchliche Grundlage nicht abgelehnt werden würde, würden nicht nur die heiligen Rechte der Religion gewahrt,

sondern es werde auch für das allgemeine Wohl und die Sicherheit der Völker gesorgt.

Die Synagoga schließt mit dem christlichen Segen.

Wiss. X. wird am nächsten Dezember in Erfurt ein Konfessionarium abhalten; darin wird Herr de Val den Kardinalbischof erhalten und gleichzeitig zum Staatssekretär ernannt werden.

Die französische Regierung und der Papst.

Der „Petit Brevenal“ schreibt dem Exzerpten der Antikatholischen Anzeigen, Dumas, bemerkenswerte Veränderungen zu. Bischof Andrieu von Marseille hatte das Mandat geschrieben an die Gesellschaft seines Vikars, um denselben ihren Gehalt gebührt wurde, dem Papste vorgelegt und hier für in einem Briefe dazu begünstigt. Dazu hätte nun Dumas bemerkt: Eine beträchtliche unmitteldbare Forderung der französischen Regierung an es noch gar nicht gegeben. Das ist eine förmliche Aufmunterung zur Empörung der Bischöfe. Die Antwort darauf kann nicht die lächerliche Gehaltsfrage sein, sie muß vom französischen Amt erwidert werden. Man muß dem Papst die Pässe zu stellen und ihn einem Popule heimlich, dessen erste politische Forderung eine Ungehörigkeit gegen die französische Regierung ist. Diese ungehörige Einmischung hat indes vielen Zugewinnen die Augen geöffnet. Der Reich ist nunmehr unüberwindlich. Die Trennung von Staat und Kirche wird erfolgen, und Rom ist es, das sie gewollt haben wird.

Eine deutsch-holländische Postunion.

Im Haag wird erzählt, daß die Regierung den Plan einer deutsch-holländischen Postunion wieder aufzunehmen gedenkt. Postdirektor Pop weilt kürzlich in dieser Angelegenheit in Berlin.

Zur Parlamentskrisis in Ungarn.

Wie in Wiener Regierungskreisen verlautet, ist es vollkommen ausgeschlossen, daß Eszll für eine Uebernahme der Reichsleitung gewonnen werden könne, da seine Regierung ganz unbeding und so entschieden ist, daß an eine Umfassung nicht gedacht werden kann. Es wird also voraussichtlich Graf Julius Andrássy zur Kabinettsbildung berufen werden.

Neue Judenmegelein.

Wie bereits kurz berichtet, sollen blutige Straßenkämpfe zwischen russischen Bayern und Juden am 30. September in Wohlau (Niederschlesien) stattgefunden haben. Diese Nachricht entstammt dem „Germ. Volksblatt“, das fernerzeit die erste Nachricht über die Judenverfolgungen in Rischonin gebracht hatte. Das Blatt berichtet jetzt, es habe die authentische Nachricht erhalten, daß es am jüdischen Verordnungsstelle in Wohlau, nördlich von Rischonin, zu einer wahren Judenmegelein gekommen sei. Die Juden waren gewarnt, daß Juden für diesen Tag einen Ueberfall planten, und gingen auf Anordnung der Rabbiner nicht in die Synagogen, sondern blieben zu Verteidigungszwecken in ihren Häusern. Große Vorkämpfer drangen vormittags in die Stadt ein, es kam zu einem förmlichen Straßenkampf, bei dem dreihundert Juden und hundert Bayern getötet worden seien. Die Polizei sei zwar eingeschickert, aber machtlos gewesen. Wohlau, das im sogenannten Friedbergstrassen liegt, hat 5000 Einwohner, von denen ungefähr die Hälfte Juden sind. Zu neuester Zeit wird in Westfalen wieder heilig gegen die Juden agiert.

Eine neue russische Danzbesinnung.

Der Kaiser der russischen Freiwilligen Flotte, die infolge der Gründung der Sibirischen Eisenbahn für den ostasiatischen Verkehr nicht mehr gebraucht werden, sind nach einer „Daily Mail“-Mitteilung aus Odessa für eine neue Linie Odessa-Neapel-Rom-Vorh herangezogen worden. Das erste Schiff geht nächste Woche von Odessa ab. Die Besatzung der freiwilligen Flotte hofft zwar, sich, einen großen Teil des Auswandererverkehrs von Neapel nach New York an sich ziehen zu können.

Die Wirren in Macedonien.

Ueber einen blutigen Zusammenstoß türkischer mit bulgarischer Truppen sind dem „Neuerischen Bureau“ zufolge in Sofia Telegramme aus Barina eingegangen. Bei Demitkapu an der Grenze des Wajetsch Adrianopel habe ein Gefecht zwischen einer Schwadron türkischer Kavallerie und bulgarischen Truppen stattgefunden. Angeföhrt sind 11 Bulgaren und 30 Türken gefallen. Anderweitige Bestätigung der Nachricht fehlt noch.

Entommunizierung der „National Counts“.

Nach Berichten aus Vratovo wurden neuerlich alle ehemaligen „National Counts“ (Buren, die in englische Dienste getreten sind) und Niederländer aus der holländischen reformierten Kirche ausgeschlossen. Sie haben sich an den Gouverneur Sir Arthur Lawley gewandt und seine Unterstützung bei Bildung eines neuen Kirchenrates erbeten. Der Gouverneur hat darauf erwidert, daß er den neuen Kirchenrat nach erfolgter Wahl gern empfangen werde. Ein ererbter Streit zwischen beiden Parteien ist mit Sicherheit zu erwarten.

Spanien.

Die Regierung hat sich, dem Drängen der Sozialdemokraten nachgeben, zu einer Reform des Gemeindeverwaltungsrechts entschlossen. Das Madrid-Verhältnis betreffende am Sonntag eine Verordnung, durch die das Gemeindeverwaltungsrecht dahin abgeändert wird, daß die Arbeiter das passive Wahlrecht für den Gemeinderat verlieren wird.

Im Madrider Polizeistand.

Schleier legt der Staatsanwalt ein. Die Verhaftung eines früheren Polizeivorstehers und zweier Gruppenführer eregt in Madrid Aufsehen; neue Verhaftungen treten bevor. Sonntagabend fand ein Meeting der entlassenen Polizeisten statt, um gegen die Verhaftung zu protestieren. Es werden Entschuldigungen erwartet.

Nordamerika.

Einer Depesche des belandten Conger zufolge sind die Handelsvertragsverhandlungen mit China beendet. China habe die Öffnung zweier Häfen in der Mandchurie ausgedehnt. Der Vertrag werde am 8. Oktober unterzeichnet werden.

Provinzialnachrichten.

4. Dezember, 2. Okt. Die Restorstellung hier wird mit dem 1. Dezember ex. vakant. Mit der Stelle ist ein Einkommen von

